

27. Mai 2009

Newsletter GRÜNE Zeiten Juni 2009

Editorial

Europawahl: Der Countdown läuft:



Am 7. Juni ist es soweit: Europawahl!

GRÜNE sind in einem Umfragehoch bei bundesweit 12% - stimmen Sie mit ab, damit es sich für uns und unsere GRÜNEN Ziele auszahlt. Wir wollen unseren Einfluss im Europaparlament ausbauen: damit strengere Abgasnormen für Fahrzeuge nicht mehr von der Autolobby abgeschwächt werden, damit Verbraucherschutz auch konsequent Schutz vor genmanipulierten Lebensmitteln beinhaltet. Immer mehr Bereiche unseres Lebens werden durch Rahmenbedingungen geregelt, die in Brüssel bestimmt werden. Schadstoffe machen nicht an Grenzen halt - Banken und Finanzen brauchen entgegen aller neoliberalen Bemühungen der Vergangenheit stärkere Kontrollen. Ob Feinstaubrichtlinien oder Förderprogramme für Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit wie im nördlichen Ruhrgebiet - das wird von der EU entschieden. Lassen Sie die Wahl nicht rechts liegen, sondern gehen Sie hin und nehmen Sie die Entscheidung ernst. Geben Sie GRÜNEN ihre Stimme und verbreiten Sie unseren Wahlaufruf zur Europawahl aus diesem Newsletter, damit Europa GRÜNER wird.

Ansonsten wünsche ich viel Spaß bei der Lektüre und freue mich auf ihre Unterstützung.

Julia Kahle Hausmann

Themenübersicht

Editorial

Green New Deal – wie GRÜNE in Europa zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen wollen

Bitte Aufruf kopieren und weitergeben oder verschicken per Mail, Brief ...

Baumpflanzaktion an der A52-Trasse - GRÜNER Bürgermeister spendet Baum

Generalfeldmarschall Hindenburg bleibt vorläufiger Sieger - Kein Straßename für Bundespräsident Heinemann

Neuer Radfahrstreifen an der Bocholder Straße

Übergabe zweier Sonnenblumenfelder

GRÜNE für Frei- und Spielflächen am Schwimmbad Rüttenscheid statt Ausbau

GRÜNE für Prüfung des Grundschulausbaus an Raadter Str und Hatzper Str.

Gesundheitscampus in Bochum - GRÜNE zeigen Verständnis für Standortentscheidung

FDP als Lachnummer

Das monatliche Interview im Newsletter der Grünen in Essen:
Der „Runde Umweltschüssel Essen“

Demonstrationsaufruf des Bündnisses gegen Oseberg

Claudia Roth zu Gast in Essen!

Hirn isst mit - klüger konsumieren
Veranstaltung der Grünen Landtagsfraktion mit Renate Künast
am Dienstag, 02.06.2009 um 19.30 Uhr

Kai's Brief aus Berlin

14. Mai 2009

Green New Deal – wie GRÜNE in Europa zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen wollen



Frithjof Schmidt

Bericht über den Vortrag von Frithjof Schmidt, (MdEP) bei den Essener GRÜNEN am 13.5.2009

Kerngedanke des Green New Deal ist:

Europas Wirtschaft auf einen nachhaltigen Weg zu führen und
Europa zum Vorreiter einer grünen industriellen Revolution zu machen.

Mit dem Green New Deal soll der Klimawandel bekämpft werden und Europa der Weg aus der Wirtschaftskrise gewiesen werden. So wird er im europäischen Manifest der GRÜNEN beschrieben und hat entsprechend Eingang gefunden in das Bundestagswahlprogramm der GRÜNEN.

Den Konjunkturprogrammen der europäischen Staaten und insbesondere den beiden Konjunkturpaketen der Bundesregierung fehlt diese eindeutige Ausrichtung auf zukunftsfähige Investitionen.

Der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD geht es dagegen nur um ein rein quantitatives Wirtschaftswachstum; ökologische Aspekte sind bestenfalls nebensächlich.

Den GRÜNEN geht es dagegen nicht um die Steigerung des Bruttosozialprodukts als Selbstzweck, sondern um die Bewertung des Wachstums im Rahmen eines Ökosozialprodukts. Um langfristig auf diesem Planeten lebensfähig zu bleiben, brauchen wir eine Wirtschaft, die für die ganze Welt und zukünftige Generationen verträglich ist - so die GRÜNE Botschaft.

Die große Koalition verspielt den Wettbewerbsvorteil, der im Strukturwandel (hin zu einer CO₂-armen Wirtschaft) liegt. In der Wirtschaftskrise bremst die Bundesregierung beim Klimaschutz. Stattdessen fördert und subventioniert sie die Technologien von vorgestern. Durch Abwrackprämie und Kfz-Steuerreform fördert die große Koalition den Absatz von spritdurstigen Limousinen und Geländewagen. Und neue Kohlekraftwerke will sie mit Milliardenbeihilfen subventionieren. Eine solche Politik heizt die Erderwärmung an, aber nicht die Konjunktur.



Foto: Pascal Hesse

Wirtschaftswachstum ökologisch steuern!

GRÜNE wollen dagegen Wirtschaftswachstum in bestimmten Sektoren: Erneuerbare Energien, Gebäudesanierung und Wärmedämmung, Bildung und Gesundheit, während bestimmte Industriezweige schrumpfen können und sollen, wie z. B. die Kohle.

Die jetzige Krise ist nicht nur einfach eine Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie geht einher mit der Verknappung der Rohstoffe aber auch mit dem Klimawandel. Deshalb bekommen GRÜNE Antworten zum Umbau der Industriegesellschaft heute eine ganz andere Bedeutung als in den 80-iger Jahren, als derartige GRÜNE Konzepte zum Umbau der Industrie nur begrenzt auf Resonanz stießen.

Ökologischen Investitionsbedarf gibt es mehr als genug – in Energiespartechnik und Gebäudesanierung, in erneuerbare Energien und effiziente Kraftwerke, in den Ausbau von Strom- und Wärmenetzen, in die Bahn und in den ÖPNV (Öffentlicher PersonenNahVerkehr), in sparsamere Autos und Elektromobilität, in den Ökolandbau und eine moderne Wasser- und Kreislaufwirtschaft. Ökologische Produkte, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz entstehen vor allem auch in traditionellen Wirtschaftszweigen wie Chemie- und Stahlindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau, elektronischer Industrie sowie Baugewerbe.

Allein der Markt für technologische Lösungen im Bereich Energieeffizienz weist nach Schätzungen ein zusätzliches Marktvolumen von rund 450 Milliarden Euro auf. Wir wollen diese Potenziale für Wachstum und Beschäftigung freisetzen!

Umbau der Industriegesellschaft

Die GRÜNEN Antworten zum Umbau der Industriegesellschaft stoßen zunehmend auf eine positive Resonanz, etwa in der Administration von Barack Obama. Lesenswert in diesem Zusammenhang ist das Buch „Hot, flat and crowded - Why We Need a Green Revolution“ des Chefkomentators der New York Times und einflussreichen Beraters der amerikanischen Demokraten Thomas L. Friedman. Das Buch zeigt, dass in den USA die Ansätze zum Umsteuern inzwischen viel radikaler sind als in Deutschland.

Trauriges Beispiel hier ist die Debatte um die Zukunft von Opel. Das Übernahmeangebot von Solarworld mit der Perspektive, künftig Solarautos zu produzieren, wurde ohne ernsthafte Prüfung seitens der Industrie als lachhaft verworfen. Ernsthaft diskutiert werden dagegen die Angebote von Fiat und Magna, die doch in erster Linie nur auf die hohe Staatshilfe schielen, um ihre ebenfalls

angeschlagenen Konzerne zu sanieren. Ansonsten wollen sie aber so weiter wirtschaften wie bisher. Angesichts der weltweiten Überkapazitäten im Automobilbereich wird das wenig zukunftsträchtig sein und mit Sicherheit zur Schließung einiger Werke führen. Leider zeigt die Debatte um Opel aber auch, dass wir in Deutschland noch weit entfernt sind von Lösungen, die tatsächlich zielführend sind.



Foto: Pascal Hesse

Eine Million neuer Arbeitsplätze schaffen!

Im Bundestagswahlprogramm haben die GRÜNEN den Green New Deal an die erste Stelle gesetzt. Das Ziel ist, **1 Million neuer Arbeitsplätze** zu schaffen. 40 Milliarden Euro sollen dafür investiert werden, finanziert über eine Vermögensabgabe. Entstehen sollen ca. 200.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien, ca. 150.000 im Bereich der Gebäudesanierung, über 30.000 in der ökologischen Landwirtschaft, ca. 190.000 im Bereich Bildung und Kinderbetreuung, ca. 150.000 im Bereich der Gesundheit usw.

Für die Umsetzung unserer Konzepte brauchen GRÜNE ein gutes Wahlergebnis. Die Zeit ist reif für einen positiven Umbruch.

Erfolgsaussichten für diese Perspektive sind für GRÜNE auch die **Grundlage** für eine Regierungsbeteiligung, lautete der Schlusssatz von Frithjof Schmidt auf der Mitgliederversammlung.

So soll es sein!

Joachim Drell / Helmar Pless

27. Mai 2009

Bitte Aufruf kopieren und weitergeben oder verschicken per Mail, Brief, ...

Wahlaufruf: Auf den Punkt gebracht!

Zehn Punkte - Für ein GRÜNES Europa

Mit IHRER Stimme für GRÜN kämpft eine starke GRÜNE Fraktion im Europäischen Parlament

-für einen Green New Deal, der Finanz-, Klima- und Armutskrise mit einem ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft beantwortet

-für 5 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa durch Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Soziales

-für konsequenten Klimaschutz in Europa

-für eine europäische Union, die aus der Atomkraft aussteigt und bis 2040 zu 100 % auf erneuerbare Energie umsteigt

-für Mindestlohnregelungen und Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern in allen Mitgliedsstaaten

-für einen europäischen Sozialpakt, der die soziale Sicherheit erhöht und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger stärkt

-für eine europäische Union, die ihrer internationalen Verantwortung gerecht wird und sich für Frieden einsetzt

-für eine europäische Union, die konsequent Leben von Flüchtlingen rettet und Wege legaler Zuwanderung schafft

-für eine europäische Union, die ihre Bürgerrechte und Daten schützt

-für die Stärkung der Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher und eine klare Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln

NUTZEN SIE AM 7. JUNI 2009 IHRE STIMME,

**UM EIN ÖKOLOGISCHES, SOZIALES,
DEMOKRATISCHES, UND FRIEDLICHES EUROPA ZU
STÄRKEN, UM EUROPA GRÜNER ZU MACHEN**

Herausforderungen wie Klimawandel und Energiesicherheit, die Weltfinanzkrise, soziale Gerechtigkeit im globalisierten Wettbewerb, gerechten Welthandel und die Sicherung des Friedens kann heute kein Staat mehr allein bewältigen.

Viele der globalen Probleme, die uns alle betreffen, können nur mit der Europäischen Union gelöst werden. Und mit Ihrer Stimme für GRÜN.

Wenn Sie mit uns aktiv werden wollen:

www.gruene.de/meine-kampagne

15. Mai 2009

Baumpflanzaktion an der A52-Trasse - GRÜNER Bürgermeister spendet Baum



Rolf Fliß pflanzt einen Ahornbaum

Am 15.5.2009 pflanzte der Grüne Bürgermeister Rolf Fliß einen Ahornbaum im Helenenpark. Mitglieder der Bürgerinitiative (BI) „Stoppt A52“, der BI-Helenenpark, GRÜNE und weitere UnterstützerInnen waren bei regnerischem Wetter erschienen, um für den Erhalt des Helenenparks zu demonstrieren, dessen Existenz durch den geplanten Weiterbau der A52 gefährdet ist. Rolf Fliß, Dieter Zimek, ein Sprecher der BI-Stoppt A52 und der GRÜNE Bezirksvertreter Walter Wandtke gingen in kurzen Redebeiträgen auf den aktuellen Stand der Auseinandersetzung um die A52 ein und forderten gemeinsam zur Gegenwehr auf.

Rolf Fliß spendete den Baum und legte im Beisein der Zuschauer letzte Hand an, um den mit seinen roten Blättern sehr auffälligen Baum als Zeichen des Protests gegen den geplanten Ausbau der A52-Autobahn zu pflanzen.

Das nasse Wetter tat dem Baum gut und wird ihn besser anwachsen lassen. Das Publikum hatte dafür Regenschirme dabei.

Die Pflanzaktion fand an der ehemaligen Bahntrasse statt, der die A52 nach dem Willen von CDU und SPD durch den Park folgen soll. Die sechsspurige Autobahn durchquert nach jetzigem

Planungsstand den Park in Tieflage in seiner ganzen Länge mittendurch. Nur ca. die Hälfte der Strecke durch den Park soll später abgedeckt werden. Am Anfang wie am Ende des Parks soll die Autobahn offen verlaufen. Im Norden ist dann die Autobahnabfahrt Lierfeldstraße geplant. Sie wird ebenfalls Flächen des Parks vernichten und zugleich mehr Verkehr nach Altenessen bringen. Es soll die zentrale Abfahrt für Zollverein werden.

Die Autoabgase würden den Park aufheizen. Er würde seine wichtige Funktion als Frischluftschneise auch für die Innenstadt verlieren. Das würde mit den Folgen des Klimawandels die Erwärmung der Innenstadt steigern.

Für Essen droht 2010 das Planfeststellungsverfahren dazu, während die Anhörung zum Bau der A52 im Bottroper Bereich (Ausbau der B244) gerade abgeschlossen wurde. Allein aus Essen wurden über 600 Einsprüche erhoben.

Der Baum soll zur Erhaltung des Helenenparks beitragen, damit dieser weiterhin als Oase, Naherholungsgebiet und Frischluftschneise erhalten bleibt.

Joachim Drell

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:
Rolf Fliß, 0173 591 7326

19. Mai 2009

Generalfeldmarschall Hindenburg bleibt vorläufiger Sieger - Kein Straßename für Bundespräsident Heinemann



Im Februar diesen Jahres wurde für den Ratsausschuss für Anregungen und Beschwerden ein Bürgerantrag eingereicht. Anlässlich des 40. Jahrestags der Wahl des früheren Essener Oberbürgermeisters Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten, sollte die Hindenburgstraße in Gustav-Heinemann-Str. umbenannt werden.

Der Reichspräsident Hindenburg war ein Totengräber der Weimarer Republik und ein Steigbügelhalter der Nazis.

Im März 2009 stellte auch die örtlich zuständige GRÜNE Fraktion in der Bezirksvertretung I einen etwa gleich lautenden Antrag. Leider erhielt sie dafür nur die Zustimmung des Vertreters der Linkspartei. Am 12. Mai wurde der Bürgerantrag dann im Beschwerdeausschuss einstimmig

abgelehnt, dort sind allerdings nur CDU und SPD stimmberechtigt. Kurz und Knapp lautete die Ablehnungsbegründung seitens der CDU: „So schlimm sei Hindenburg doch auch nicht gewesen“ und SPD-Ratsherr Spieß meinte, er brauche von Grünen keine Geschichtsnachhilfe“. Außerdem würde eine Umbenennung Geld kosten und man habe doch schon eine Gesamtschule und die Werdener Ruhrbrücke nach Gustav Heinemann benannt.

Für Essen als künftige „Bannerträgerin der Kulturhauptstadt 2010“ ist diese Ablehnung trotzdem bedauerlich. Es geht nicht hauptsächlich um die Frage, ob Gustav Heinemanns politisches Erbe als radikaler - wie bürgerlich nüchterner - Demokrat dringend auf polierten Straßenschildern glitzern soll.

Für LeserInnen, die sich etwas genauer mit solchen historisch-kulturellen Debatten befassen möchten, folgen einige biografische Anmerkungen zu Heinemann, Hindenburg und der Bedeutung öffentlicher Straßenbenennungen.

Radikaler, bürgerlicher Demokrat

Heinemanns wechselvolle Karriere startete nach dem I. Weltkrieg als gut bezahlter Jurist. Als Protestant in der evangelischen Minderheitsbewegung „bekenkende Christen“ nahm der Lebensweg allerdings ebenso schnell Regime kritische Fahrt gegen den nationalsozialistischen Staat auf. Diese Haltung lenkte ihn 1945 als Gründungsmitglied der CDU schnell in Landes- und Bundesministerämter. Allerdings führte Heinemanns Geradlinigkeit nicht weniger zügig zum Rücktritt von seinen Ämtern. Als Bundeskanzler Adenauer schon an der ersten Bundesregierung vorbei, mit ehemaligen Wehrmachtsgenerälen Planspiele ausarbeitete, wie er den Westalliierten eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands schmackhaft machen könnte, war ein Bruchpunkt erreicht.

Der bald folgende Austritt aus der CDU, der nach einigen Jahren fehl geschlagene Versuch, mit einer GVP (Gesamtdeutschen Volkspartei) militärfrei die Teilung Deutschlands zu überwinden, seine unerschrockene Rolle als Anwalt in politischen Prozessen während des „kalten Krieges“ bleiben erinnerenswert. Gustav Heinemanns Eintritt in die SPD, als sie sich mit dem „Godesberger Programm“ vom Marxismus verabschiedet hatte waren weitere ungewöhnliche Stationen der Biographie Gustav Heinemanns.

Hatte er als Justizminister dann ab 1966 in der großen Koalition für wichtige Liberalisierungen im bundesdeutschen Strafrecht sorgen können, kam seine Große Stunde natürlich 1969, nachdem ihn die Bundesversammlung zum bis dahin ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten gewählt hatte.

Diese verschiedenen, bemerkenswerten Etappen eines politischen Lebenslaufs passen auch nicht annähernd auf ein Schild „Gustav-Heinemann-Straße“.

Die Frage aber, warum in einer demokratisch regierten „Kulturhauptstadt Europas“ ein Generalfeldmarschall Hindenburg kein Namensgeber mehr einer Haupt- oder Nebenstraße sein kann, sollte zu produktiven Debatten im Geschichts- und Politikunterricht an Essener Schulen führen.

Immerhin hat der Monarchist und „Sieger von Tannenberg“ Paul von Hindenburg, nach dem verlorenen 1. Weltkrieg schon die frühe „Weimarer Republik“ durch seine „Dolchstoßlegende“ - also der Mär, eine revoltierende linksradikale Arbeiterschaft habe 1918 die deutsche Armee um den verdienten Siegfrieden gebracht - mit dem gefährlichen Virus des „Schandfriedens“ verseucht.

Dass Hindenburg als gewählter Reichspräsident 15 Jahre später mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler der ungeliebten Demokratie auch den amtlichen Todesstoß versetzen durfte, ist dann kein Witz, sondern ein böser Sarkasmus der Weltgeschichte.

Darf politische Symbolik Geld kosten?

Politische Kultur und demokratischer Wandel drückt sich immer auch in öffentlicher Namensgebung für Gebäude, Straßen oder Plätze aus. Umbenennungen schon existierender Gebäude oder Straßen sind dann oft eine Konflikt trüchtigere Angelegenheit.

Um der inhaltlichen Debatte sofort aus dem Weg zu gehen, wird erstens immer das Kostenargument ins Feld geführt – Visitenkarten, Firmenschilder müssten bei Umbenennungen ausgetauscht werden, in unseren wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei das alles unzumutbar. Zweitens wird geschickt behauptet, wir müssten doch zu unserer Geschichte stehen und sie nicht verstecken. Auch wenn uns das heute nicht gefalle, vor 60 -70 Jahren seien eben solche Bezeichnungen beschlossen worden, die wir heute natürlich vermeiden würden.

Dabei ist zu fragen, ob beispielsweise der Rüttenscheider Markt unter seinem bis 1945 gültigen Namen „Horst-Wessel-Platz“ oder die Rüttenscheider Str. als frühere „Hermann-Göring-Str.“ nicht doch etwas von ihrer Beliebtheit einbüßen würden.

Aufgrund früherer, auch damals durch die Grünen angestoßener Debatten hatte die Stadtverwaltung schon 1992 festgestellt, dass es mehr als 60 Straßennamen in Essen gebe, die nach heutiger Einschätzung Anstoß erregen könnten.

Keine Umbenennungsorgien!

Allerdings gab es auch vor 17 Jahren niemanden, der eine derartige unhistorische, wie teure Umbenennungsorgie einleiten wollte.

Es sollte immer nur darum gehen, Personen, die selbst Blut an den Händen hatten, oder die geistige Brandstifter waren, nicht weiter mit öffentlicher Namensgebung zu ehren. Anders als bei Kriegsschauplätzen und Schlachtorten, die man zur Heldenverehrung, aber auch genauso zum kritischen Gedenken nutzen kann, bleibt der Personennamen auf einem Straßenschild immer eine positive Ehrung.

Finanziellen Einwänden gegen Umbenennungen in den hier genannten Einzelfällen ist eigentlich leicht abzuhelfen: Eine umbenannte Straße kann beispielsweise klein und durchgestrichen den Hinweis auf ihre frühere Bezeichnung behalten. Das wäre zusätzlich ein Stück Geschichtsarbeit beim Straßenbummel und die Anwohner könnten in Ruhe ihre Visitenkarten aufbrauchen.

Rein pragmatisch könnten Auseinandersetzungen natürlich vermieden werden, würden wir wie in New York die Straßen einfach durchnummerieren oder nach Mannheimer Vorbild Straßenquadrate mit fortlaufenden Buchstaben- und Zahlenkombinationen an einander Reihen.

Demokratische Maßstäbe setzen!

Die meisten Kommunen wollen aber bewusst Maßstäbe setzen, welche Persönlichkeiten Vorbilder für die Gesellschaft sein sollten und welche gerade nicht.

In den 30er Jahren wurden reihenweise Naziprominenz, Jagdflieger oder so genannte „Blutzeugen der Bewegung“ Namensgeber für Straßen. Menschen, deren Ahnentafel jüdische Vorfahren vermuten ließ, wurden hier ebenso getilgt, wie demokratisch-republikanische Politiker.

Leider ließen sich Essens Stadtväter bis in die Gegenwart nicht davon überzeugen, dass nationalsozialistische Straßenumbenennungen z.B. nach Generaloberst von Seeckt, Admiral Scheer, und auch Straßenbenennungen nach 1945 mit NS- Schriftstellern wie Heinrich Lersch oder Christoph Wieprecht eine falsche Toleranz gegenüber Militarismus und Hitlergläubigkeit darstellen.

Vorbild für engagierte BürgerInnen

Zum Glück gibt es in unserer Stadt genügend andere Vorbilder, die einen ehrenwerten Ersatz für die vorher genannten Gestalten bieten würden. Einer davon ist mit Sicherheit Gustav Heinemann. Der 40 Jahrestags seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 5. März 1969 und seines Amtsantritts am 1. Juli 1969 wären gute Anlässe gewesen mit der Umbenennung von Hindenburg zu Heinemann ein Zeichen zu setzen.

Eigentlich sollte es für die „Kulturhauptstadt“ Essen ehrenvoll sein, die Hindenburg Straße nach 80 Jahren endlich von ihrem monarchistisch-preußischen Namensgeber zu befreien. Gustav Heinemanns gern zitierter Satz: „Ich liebe nicht den Staat, ich liebe meine Frau!“, bleibt ein Motto für bürgernahe Politik.

Hindenburg – ein Totengräber der Weimarer Republik

Die Stadt Essen hat sich mit Paul von Hindenburg gleich doppelt verbandelt.

Zu dessen 80. Geburtstag beschloss 1928 eine Stadtratsmehrheit, die bisherige Bahnstraße in Hindenburgstraße umzubenennen. 1953 beschlossen und bis heute gültig wurde eine Patenschaft Essens über die oberschlesische Industriestadt Hindenburg ausgesprochen.

Um den Anspruch auf die im II. Weltkrieg verlorenen Ostgebiete zu bekräftigen, waren in westdeutschen Städten und Bundesländern jeweils Patenschaften über Orte und Länder östlich der Oder-Neisse Grenze verteilt worden. Man sagte seinerzeit offiziell, dass sie ja nur zeitweise unter polnischer oder russischer Verwaltung stünden. Der Stadtname Hindenburg war aber nur entstanden als Ehrung der vernichtenden Schlacht Paul von Hindenburgs gegen die zaristischen Truppen Russlands im Sommer 1914. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Ort als Stadt im Wilhelminischen Kaiserreich den eindeutig polnischen Namen Zabrze. 1945, nach dem Ende der NS-Diktatur, wurde von den neuen dort herrschenden polnischen Regierungsstellen nach 31 Jahren natürlich der alte Stadtname „Zabrze“ wieder eingeführt.

Der Reichspräsident muss weg

Außerhalb Essens wird Paul von Hindenburg zunehmend kritischer bewertet. Konnte man lange behaupten, Hindenburg wusste in seinen späten Jahren nach 1930 vor lauter Senilität nicht mehr, was für Dokumente ihm tatsächlich zur Unterschrift vorgelegt wurden, kommt die Geschichtswissenschaft immer deutlicher zu anderen Schlüssen. Reichspräsident Paul von Hindenburg hat nachhaltig und systematisch die demokratische Verfassung der Weimarer Republik ausgehöhlt.

Diese Neubewertung führte unter anderem dazu, dass die Stadt Trier nach vielen vergeblichen Anläufen endlich ihren Widerstand aufgab, ihrem bisherigen „Hindenburg Gymnasium“ einen anderen Namen zu geben.

In Mainz liegt der geplante Neubauplatz einer Synagoge ausgerechnet an der dortigen Hindenburgstraße. Die örtliche jüdische Kultusgemeinde konnte sich jedoch nicht vorstellen, unter dieser Adresse ihren Neubau anzulegen. Dort wollte zumindest der gewählte Ortsbeirat im Stadtteil mehrheitlich einer Namenänderung zustimmen.

Militärische Leistungen?

Der 1847 geborene Paul von Hindenburg war im August 1914 ein schon pensionierter, unauffälliger General, der erst nach der deutschen Mobilmachung wie viele andere reaktiviert wurde.

Zusammen mit dem späteren „Ersten Generalquartiermeister“ Erich von Ludendorff besiegten die Truppen seiner Armee allerdings weitgehend überraschend die russischen Truppen, die im ersten Kriegsjahr bereits Teile von Ostpreußen besetzt hielten. Gegen Ende des ersten Weltkrieges konnten sie gegenüber dem neuen revolutionären Russland einen für das deutsche Kaiserreich günstigen Separatfrieden erzwingen.

Insbesondere in den letzten Jahren des ersten Weltkriegs bis zum November 1918 entwickelte sich unaufhaltsam, aber mit viel Propaganda zusätzlich gefördert, der sehr populäre „Hindenburg-Mythos“ deutscher Unbesiegbarkeit.

Mit Paul von Hindenburg als Galionsfigur und Erich von Ludendorff als dem strategischen Kopf konnte sich eine Art Diktatur der Obersten Heeresleitung entwickeln, unter der weder das Parlament, noch der eigentliche Oberste Kriegsherr, Kaiser Wilhelm der II., die entscheidende Macht hatten.

Trotzdem waren die militärischen Kräfte des deutschen Reichs im Herbst 1918 derartig ausgeblutet, dass im Westen von einem „Siegfrieden“ gegen Frankreich keine Rede mehr sein konnte.

Nach der brutalisierten Seekriegsführung, durch den „uneingeschränkten U-Boot-Krieg“ der deutschen Marine, die vom Admiral Scheer entwickelt und von Hindenburg gebilligt wurde, waren die USA in den europäischen Kriegsschauplatz hineingezogen worden.

Die letztlich militärisch gescheiterte Absperrung Großbritanniens von allem Seeverkehr durch die kaiserliche Marine, hatte das unterschiedslose Versenken nicht nur Britischer Kriegsschiffe, sondern auch von unbewaffneten Handels- und Passagierschiffen selbst unter amerikanischer Flagge zur Folge. Die lange auf Neutralität bedachten USA wurden im Verlauf des „uneingeschränkten U-Boot- Krieges“ fast zwangsläufig zum Kriegsgegner des deutschen Kaiserreichs.

„Dolchstoßlegende“ durch Hindenburg begründet

Trotz seiner Liebe zum Kaiserreich und zum preußischen König, hatte Paul von Hindenburg Kaiser Wilhelm im November 1918 offiziell zur Abdankung und zur Flucht nach Holland geraten.

Zu diesem Zeitpunkt war unabweisbar geworden, dass die Kriegsfähigkeit der deutschen Armee gebrochen war und dringend ein Waffenstillstand mit den Kriegsgegnern geschlossen werden musste.

Wäre Wilhelm der II. über diesen Zeitpunkt hinaus kaiserlicher Oberbefehlshaber der Armee geblieben, hätte sich der revolutionär-republikanische Geist in den kriegsmüden Truppen möglicherweise zu einem regulären Bürgerkrieg ausweiten können. Hindenburg hatte Ende 1918 allerdings geglaubt, die Bedingungen dafür schaffen zu können, dass ein republikanisches Deutschland nur eine Kurzepisode bleibt. Letztendlich konnte Hindenburg die Monarchie nicht wieder in Deutschland einführen.

Trotzdem begann Paul von Hindenburg schon kurz nach dem 9. November 1918, also der Abdankung des Kaisers, der Ausrufung der Republik, wie auch des Waffenstillstands mit den Alliierten, an der Dolchstoßlegende zu stricken.

Wider besseres Wissen wollte der legendäre „Sieger von Tannenberg“ dem deutschen Volk vorgaukeln, dass die fast siegreiche Kaiserliche Armee nur durch die revolutionären Umtriebe bestimmter linker Kräfte an der Heimatfront, wie auch durch Zersetzungsarbeit in der Truppe selbst, um den materiellen Erfolg des viereinhalbjährigen Eroberungskrieges gebracht worden sei.

Diese „Dolchstoßlegende“ war ein wichtiger Mosaikstein zur späteren Zerstörung der Weimarer Republik, sozusagen ein bewusst eingebauter Geburtsfehler dieses demokratischen Staates.

Reichspräsidentenjahre

Als Reichspräsident der Weimarer Republik hat Hindenburg in seinen Amtsjahren von 1925 bis 1934 mehrfach wesentliche Entscheidungen getroffen, die den Untergang der demokratischen Staatsstruktur beschleunigten.

Die Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler allerdings bleibt die herausragende Fehlleistung seiner politischen Entscheidungen. 1932 noch hatten sich inklusive der Sozialdemokratie die demokratischen Kräfte der Weimarer Republik darauf verständigt, die 2. Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten zu unterstützen. Trotz aller monarchistischer Nostalgie und Hörigkeit gegenüber den ost-elbischen Großgrundbesitzern schien Hindenburgs Wahl der einzige Rettungsweg zu sein, der einen Erfolg der NSDAP und ihres Kandidaten Adolf Hitler noch verhindern konnte.

Kein halbes Jahr später, im Januar 1933 aber ernannte Paul von Hindenburg diesen Adolf Hitler zum Reichskanzler. - Ein politischer Verrat, der viele Demokraten in Deutschland fassungslos machte.

Das wenig später im Reichstags z.T. durch individuellen Terror, z.T. durch Verfassungsbruch erzwungene Ermächtigungsgesetz, quasi die dauerhafte Selbstentmachtung des demokratisch gewählten Parlaments, wurde vom Reichspräsidenten problemlos in Kraft gesetzt.

Legitimierung der Massaker beim „Röhmputsch“

Selbst die 1934 von Adolf Hitler selbst befohlenen Mordaktionen des „Röhmputsches“, bei denen in Mafia-Manier in den eigenen braunen Reihen aber auch im konservativ-reaktionären Bürgertum jedwede relevante Opposition ausgeschaltet wurde, regten Paul von Hindenburg nur zu Glückwunschtelegrammen über den tatkräftigen Einsatz des Reichskanzlers an.

Als dann im August 1934 Reichspräsident Hindenburg starb, schien es nur selbstverständlich – und seinem politischen Testament folgend - das Adolf Hitler ohne weitere Wahl sein Nachfolger wurde.

Erst jetzt wurde aus dem Reichskanzler Adolf Hitler auch ganz offiziell der Führer Deutschlands.

Alles in allem gehört der Name „Paul von Hindenburg“ in den Giftschränk der politischen Repräsentanten Deutschlands im 20. Jahrhundert!

Walter Wandtke

15. Mai 2009

Neuer Radfahrstreifen an der Bocholder Straße

Zum Beschluss der Bezirksvertretung IV, den Radfahrstreifen auf der Bocholder Straße im Rahmen der laufenden Baumaßnahmen bis zur Wüstenhöferstraße zu verlängern, erklärt Dr. Thorsten Drewes, Vorstandssprecher der Essener Grünen und Bezirksvertreter im Bezirk Borbeck:

„Ich freue mich, dass damit das Radverkehrs-Haupttroutennetz in unserer Stadt wieder ein Stück weiter vervollständigt wird. Viele Menschen in Essen wollen das Fahrrad nicht nur in der Freizeit, sondern auch als Alltags-Verkehrsmittel nutzen. Damit sie dies auch sicher tun können, brauchen wir dringend mehr solcher Schutzstreifen - gerade an Hauptverkehrsstraßen wie der Bocholder Straße.

Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass jetzt die Gelegenheit genutzt wird, bei der ohnehin notwendigen Neumarkierung nach den Bauarbeiten auch hier einen Schutzstreifen für RadfahrerInnen anzulegen, ohne dass zusätzliche Kosten entstehen.“

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Dr. Thorsten Drewes,

Bezirksvertreter und Vorstandssprecher der GRÜNEN, 0173 8483 906

Bernd Vornefeld,

Vorstandssprecher der GRÜNEN in der BV-Borbeck, 0174 296 2131

13. Mai 2009

Einladung an Medienvertreter zur Übergabe zweier Sonnenblumenfelder an die GRÜNEN

Fototermin

am Samstag, den 16.5.2009 um 14.00 Uhr werden den Werdener GRÜNEN zwei Parzellen für Sonnenblumen übergeben.

am Samstag, den 16.5.2009 um 14.00 Uhr werden den Werdener GRÜNEN zwei Parzellen für Sonnenblumen übergeben. Die GRÜNEN werden am Samstag säen und die weitere Pflege übernehmen. Sie wollen die Sonnenblumen bei den folgenden Wahlen verteilen. Die Felder gehören dem Biobauern Maas und werden biologisch bewirtschaftet.

Treffpunkt Margrefstr. 15 (Mittelhammerhof) in 45239 Essen-Fischlaken

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Peter Maas,

Kandidat der GRÜNEN für die Bezirksvertretung, Tel.: 0201 8754 987

6. Mai 2009

Grüne für Frei- und Spielflächen am Schwimmzentrum Rüttenscheid statt Ausbau

Die Rüttenscheider Grünen wehren sich vehement gegen Überlegungen der Verwaltung, das Rüttenscheider Schwimmzentrum auf Kosten der Grünflächen auszubauen.

Die Flächen mit den Spiel- und Bolzmöglichkeiten auf dem gerade auch mit Mitteln der BV II geschaffenen Kunstrasenplatz seien in der Umgebung einmalig, ihr Verlust würde den Spiel- und Wohnwert des angrenzenden Viertels mindern.

Zudem würden die Überlegungen veröffentlicht, während im Rahmen des Masterplans Sport die Zukunft der Schwimmbäder in Rüttenscheid noch systematisch mit Gutachten geprüft werden muss. "Das ist daher doppelter Unsinn", findet Moritz Balz, Bezirksvertreter der Rüttenscheider Grünen. "Wir möchten solche Spekulationen jetzt wirklich vermeiden und später mit den Ergebnissen der Gutachten das weitere Vorgehen diskutieren." Bis dahin favorisieren die Grünen die Variante, die den Ausbau des Grugabads beinhaltet. Dort seien Probleme wie Flächenbedarf, U-Bahn-Anbindung und Parkplätze einfacher zu lösen.

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Moritz Balz, 0177 413 6678

4. Mai 2009 13:59h Alter: 24 Tag(en)

GRÜNE für Prüfung des Grundschulausbaus an Raadter Str und Hatzper Str.

zur Debatte um die Grundschulsituation in Haarzopf erklären Doris Eisenmenger und Silva Buttke,

BezirksvertreterInnen der GRÜNEN in der BV III:

„Ein Neubau einer Grundschule am Kirschbaumsweg, stößt bei den GRÜNEN auf Ablehnung. Dafür müssten intakte Gartenanlagen und Grünflächen geopfert werden, was nicht im GRÜNEN Sinne wäre. Wir wollen keine unnötige weitere Versiegelung von Flächen. Insofern setzen wir eindeutige Prioritäten für die Beurteilung der Alternativen. Die zeitlichen und formalen Unsicherheiten durch eventuelle Klagen und Ersatzbeschaffung für die Kleingärtner sprechen ebenfalls nicht für den Standort Kirschbaumsweg. Mit dieser Position sehen wir uns an der Seite

des Bürgervereins und der Kirchengemeinden in Haarzopf.

Deshalb sprechen wir Grüne uns gegen den Schulbau am Kirschbaumsweg aus.

Ansonsten sind wir für ein transparentes Verfahren und warten die Ergebnisse der Befragung vor Ort und der Planung und Kostenschätzung der Verwaltung ab, bevor wir uns endgültig pro Hatzper Str. oder Raadter Str. entscheiden.“

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:
Silva Buttke, 0177 2738 938
Doris Eisenmenger, 0171 991 3960

13. Mai 2009

Gesundheitscampus in Bochum - Grüne zeigen Verständnis für Standortentscheidung

Mit Verständnis haben die Esser Grünen auf die gestern bekannt gewordene Entscheidung der Jury reagiert, den begehrten und lukrativen „Gesundheitscampus NRW“ in Bochum anzusiedeln.

Die Grüne Oberbürgermeister-Kandidatin, Hiltrud Schmutzler-Jäger, kommentiert: „Natürlich hätten wir uns besonders über eine Entscheidung für Essen gefreut. Aber die Ansiedlung des neuen Instituts zur Gesundheitsforschung in Bochum bedeutet für das gesamte Ruhrgebiet eine wichtige Strukturentscheidung, die nicht nur finanzielle Fördermittel in Millionenhöhe, sondern auch Hunderte neuer Arbeitsplätze in die Region bringen wird.“

Die Bündelung zahlreicher Einrichtungen im Gesundheitscampus wird nach Überzeugung der Grünen der Gesundheitswirtschaft neue Schubkraft und Ausstrahlung verleihen und positive Impulse im Rahmen der schwierigen Arbeitsmarktsituation setzen.

Nachfragen richten Sie bitte direkt an
Hiltrud Schmutzler-Jäger 0177 652 1393

20. Mai 2009

Glosse: FDP als Lachnummer

Wählen bis es der Parteiführung passt

Merkwürdige Vorgänge begleiteten bereits den 1. Wahlparteitag der Essener FDP. Eine Wahlurne war zwischenzeitlich verschwunden und Wahlen mussten wiederholt werden. Aber schließlich bewältigte man doch alle Hürden, die das Parteisein so mit sich bringt, mit Ach und Krach in einer Wahlwiederholung. Nun möchte der Parteivorstand Pfingsten die Wahl von OB-Kandidat Horn und der Ratsliste wiederholen, weil sich einige der gewählten Bewerber als nicht pflegeleicht erwiesen haben. Widerspruch gehört zur Demokratie, führt aber in der Essener FDP zur dritten Wiederholung einer Wahl - es lebe der Parteivorstand oder wie heißt es doch so schön für gewisse Parteien: Die Partei hat immer Recht!

Joachim Drell

19. Mai 2009

Das monatliche Interview im Newsletter der GRÜNEN in Essen:

Der „Runde Umwelttisch Essen“

Wir setzen unsere Interviewreihe fort mit einem Gespräch, das **Walter Wandtke** mit **Dr. Horst Pomp** und **Dr. Dieter Küpper** führte. Beide sind seit mehreren Jahren aktive Sprecher des Runden Umwelttisches Essen, kurz RUTE, an dem verschiedene Umweltinitiativen und Verbände ihre Arbeit bündeln.

Walter Wandtke:

Zu unserem monatlichen Interview für den Newsletter der Grünen begrüße ich mit Herrn Dr. Pomp und Herrn Dr. Küpper zwei erfahrene Kämpfer für den Umweltschutz in Essen. Beide vertreten in diesem Gespräch den RUTE, was ein sehr kämpferischer Name ist. Deshalb lautet die Eingangsfrage auch, was hat die Rute mit Umweltschutz zu tun?



Dr. Horst Pomp

Dr. Pomp:

Ja, es hört sich sehr drohend an – Rute, dahinter versteckt sich aber die Abkürzung **Runder Umwelttisch Essen**. An diesem Runden Umwelttisch finden sich seit über 15 Jahren alle Umweltinitiativen, Vereine und Einzelpersonen, die sich in dieser Stadt mit Umweltproblemen befassen. Menschen also, die guten Willens und Handelns sind, der Zerstörung unserer Umwelt deren Schonung entgegen zu setzen. Das ist nicht ein Verein, wo es einen Vorsitzenden und Hierarchien gibt, sondern Rund heißt hier, alle an diesem Tisch Beteiligten sind gleichberechtigt. Auf der anderen Seite bedeutet es auch, dass jede Vereinigung selbständig ihre Ziele verfolgt. Der Runde Tisch dient dazu, Informationen auszutauschen und Netzwerke aufzubauen. Zusammen wollen wir auf die verschiedenen Institutionen, auf Politik, Verwaltung, auf Industrie und Handel einwirken, den Umweltschutz besser in den Fokus zu nehmen, ihn auf gleicher Augenhöhe verhandeln zu können.

Wan.:

Gerade für ehrenamtliche Umweltschützer ist der Aspekt gleicher Augenhöhe mit diesen kraftvollen Kontrahenten sicher bedeutend. Ich frage jetzt mal Dr. Küpper. Es gibt mit Ihnen neben den selbständigen Vereinen mit ihren Schwerpunktthemen durchaus einen gemeinsamen Sprecher. Was ist denn ihr persönliches Anliegen, ihr Fachgebiet in der Umweltbewegung?



Dr. Dieter Küpper

Dr. Küpper:

Ich selber komme aus Bürgerinitiative Hattingen/Essen gegen die DüBoDo, dass ist die A44 im Essener Süden. Wir haben früh schon mit dem damaligen Vorläufer des RUTE zusammengearbeitet. Wir haben es so geschafft, dass die A44 aus dem Bundesverkehrswegeplan herausgenommen wurde, zumindest im Essener, Hattinger und Bochumer Bereich. Verbände und Initiativen, die bei uns tätig sind, haben ja so bekannte Namen wie BUND, Nabu, Greenpeace Ruhrgebiet ist auch dabei, dann wird der ADFC, der Allgemeine Deutsche Fahrradclub nicht unbekannt sein, der VCD – Verkehrsclub Deutschland, Pro Bahn. Wir arbeiten alle zusammen, bleiben dabei unabhängig, aber wir tauschen uns regelmäßig aus. Seit sieben Jahren bin ich im RUTE der Moderator, nicht etwa Spitze eines Präsidiums. Alle Verbände bleiben selbständig und sollen ihre Energien und Initiativen ebenso unabhängig in das Gremium einbringen.

Wan:

Aber irgendwer muss im Namen des RUTE doch mal Presseerklärungen erstellen und unterschreiben, Termine festlegen. Ganz unhierarchisch wende ich mich deshalb vom Sprecher ab und frage Dr. Pomp. Was ist ihr persönlicher Schwerpunkt innerhalb der Essener Umweltbewegung?

Dr. Pomp:

Wie Sie vielleicht wissen, komme ich aus der Medizin. Wir haben uns in den ausgehenden 60er Jahren mit Themen wie Kupferhütte und Aluminiumhütte beschäftigt. Die Aluminiumhütte in Borbeck stößt heute bei weitem nicht mehr so viele Schadstoffe wie damals aus. Das sind z. B. Erfolge die die „Interessengemeinschaft gegen Luftverschmutzung Essen-Dellwig e.V.“ begründet hat. Diese Interessengemeinschaft ist einer der ältesten Umweltvereine in Deutschland. Man muss immer daran denken, dass nicht nur die Verschmutzung der Umwelt, sondern auch der Kampf dagegen erstmalig im Ruhrgebiet aufgenommen wurde. Das ist das ein Bein auf dem wir gestanden haben. Heute ist es vornehmlich die „Essener Aktion gegen Umweltzerstörung“, die sich in den Runden Umweltschicht eingeregelt hat, und der ich als 1. Vorsitzender angehöre. Das Spektrum der Arbeit ist unverhältnismäßig breit und groß, da die Problematiken in den letzten Jahren ja eher größer geworden sind.

Wan..

Dann beginnen wir doch mit Beispielen. Mittelfristig explodieren die Energiepreise, wenn sie auch durch Wirtschaftskrisen bedingt zwischenzeitlich zusammensacken. Zum Glück explodieren dann auch die Möglichkeiten, wie Energie umweltschonender erzeugt und eingespart werden kann. An diesem Thema sind Sie doch sicherlich dran? Gibt's dann auch Gespräche mit Managern von RWE, dem Kraftwerksbetreiber Steag oder EON-RuhrGas, die ihnen zuhören mögen oder sogar Konsequenzen ziehen?

Dr. Küpper:

Das Verhältnis zum RWE und der Stadt Essen ist ja pikant. Uns ist auch bewusst, dass da gegenseitige Rücksichten genommen werden müssen. Trotzdem haben wir das Gespräch mit RWE gesucht und haben eine sehr gute Reaktion, z.B. bei einem Gespräch mit Professor Vahrenholt erfahren, der dafür verantwortlich ist, dass RWE seinen Anteil an erneuerbaren Energien steigern soll.

Professor Vahrenholt ist als Umweltsenator in Hamburg bekannt geworden, war auch im Vorstand der Shell-AG. Er gab zu, dass RWE unter den großen Stromversorgern den geringsten Anteil an erneuerbaren Energien aufweist, nämlich nur 2%. Wir hatten aber den Eindruck, dass wir am gleichen Strang gezogen haben. Es gab in diesem Gespräch großes Interesse daran, was wir in der Essener Kommunalpolitik im Energiebereich bewegt haben. Wir werden diesen Kontakt halten, auch über das Thema „Stromliefervertrag“ für die Stadt Essen, der ein ganz heißes Eisen ist.

Wan.:

Natürlich ist die Industrie nur einer ihrer Ansprechpartner, wenn auch häufig der besonders wichtige. Manchmal vielleicht sogar wichtiger als es Ergebnisse über kommunalpolitische Initiativen sein können. Trotzdem möchte ich gern wissen, wie denn die Reaktionen auf ihre Vorstöße gegenüber den Parteien im Stadtrat aussehen? Gibt es auch dort Kontinuitäten und einen guten Austausch?

Dr. Pomp:

Wir haben früh das Gespräch, zunächst noch mit einzelnen Personen in Politik und Verwaltung gesucht. Historisch betrachtet gab es zu der Zeit noch nicht so etwas wie „Umweltpolitische Sprecher“ in den Parteien. Es musste sich dort noch formieren, außer natürlich bei den Grünen, dort war es eine Selbstverständlichkeit. Bei den anderen Parteien hat sich das letztlich erst in den vergangenen 10 Jahren herausgebildet. Solche Gespräche führen wir heute in regelmäßigen Abständen, sprich 2 bis 3 mal im Jahr mit den Parteien und ihren Vertretern im Umweltsektor. Das hat erst einmal zum Abbau von Vorbehalten geführt. Man musste erkennen, dass es durchaus Schnittmengen gibt, die gemeinsam zu verfolgen sind. Es gab aber auch erhebliche Polarisierungen, gerade mit den großen Volksparteien, die bis zum heutigen Tage bestehen.

Dennoch wissen wir alle, dass aufgrund des Druckes der Grünen Partei alle anderen Parteien ebenfalls versuchen, sich einen grünen Anzug anziehen. Was ja meines Erachtens nicht schlecht ist. Wie sie ja wissen, sind wir eine parteipolitisch unabhängige Institution und heißen jede und jeden herzlich willkommen. Wir sind der Meinung, das Feld des Umweltschutzes darf nicht nur einer Partei überlassen bleiben. Es sollte ein grundsätzliches, überlebenswichtiges Anliegen aller Parteien sein.

Auf die Kommunalpolitik herunter gebrochen, können wir sagen, dass alles lange gedauert hat, wir aber jetzt feststellen können, in den großen Parteien wurden Sprecher für diese wichtigen Gebiete aufgestellt. Diese Sprecher haben aber durchaus ihre Schwierigkeiten, in ihren eigenen Fraktionen Gehör zu finden.

In diesem Rahmen gibt es aber durchaus Möglichkeiten mit einander zu sprechen, offizielle, wie inoffizielle und im kleinen Kreise die Sache des Umweltschutzes voranzubringen.

Wan:

Jetzt haben sich in den letzten 10 Jahren die politischen Kräfteverhältnisse in Essen geändert. Nach mehr als 43 Jahren kam 1999 der Wechsel von Rot auf Schwarz-Gelb und seit der Kommunalwahl 2004 wird Essen schwarz-grün regiert. Hat sich damit für die Umweltbewegung in der Stadt auch etwas geändert? Hat es Erfolge gegeben, mit denen man nicht gerechnet hat? Oder müssen sie sagen, eigentlich merken wir keinen Wechsel?

Dr. Küpper:

Die meisten von uns waren kritisch, als es zur Kooperation zwischen CDU und Grünen kam, dazu gehörte ich auch. Ich habe insgesamt den Eindruck, dass es für uns leichter geworden ist, Gesprächspartner zu finden bei den umweltpolitischen Sprechern, z.B. bei der CDU. Da haben die Grünen eine gewisse Mittlerfunktion ausgeübt. Man tauscht sich gegenseitig aus, man hört von einander, was eigentlich läuft. Also von daher würde ich das nicht kritisieren vom umweltpolitischen Aspekt aus. Da kann man den Radverkehr nehmen, insgesamt ein großes Spektrum aufzählen.

Wo wir es besonders bemerkt haben, das sich in Essen in unseren Augen positiv etwas bewegt, ist der Energiesektor. Das betrifft auch die Verwaltung, von der wir hier zu Anfang unserer Arbeit nicht viel erwartet hatten. Allerdings hatten wir auch keine persönlichen Kontakte. Das hat sich gebessert unter anderem dadurch, dass mit Frau Raskob nach unserer Einschätzung eine sehr durchsetzungsfähige, kenntnisreiche Umweltdezernentin an der Spitze ihres Amtes steht. Wir haben Dispute und Auseinandersetzungen mit ihr in vielen Fragen aber wir respektieren uns gegenseitig und diskutieren auf Augenhöhe. Die Idee der Grünen, das Umweltdezernat neu zu besetzen, hat Essen in diesem Bereich vorangebracht.

Wan..

Wenn man die Begriffe Energie und Stadt Essen zusammenfasst, dann ist es natürlich noch immer vor allem die Stadt der Energiekonzerne. Möglicherweise noch immer die Stadt mit den meisten Nachtspeicherheizungen, die unendlich viel Strom fressen, was wahrscheinlich in kaum einer vergleichbaren Großstadt so der Fall ist. Haben sie trotzdem einen Vorgang im Gedächtnis, was sie sagen können, hier hat sich wirklich etwas getan?

Dr. Pomp:

In den letzten Jahren haben wir sehr intensiv mit der Stadtverwaltung, auch mit einigen politischen Gremien zusammengearbeitet für eine erhöhte Akzeptanz der Solarenergie, der Fotovoltaik. Hier hat sich alles sehr positiv entwickelt und seit März diesen Jahres ist die erste Bürgersolaranlage ans Netz gegangen.

Unsere Positionen sind nicht nur auf dem Gebiet der Bürgersolaranlagen unterstützt worden, Die Stadt, also insbesondere die Stadtverwaltung führt mit uns auch zum Thema „Stromliefervertrag“ Gespräche in denen unsere Eingaben sehr wohl berücksichtigt wurden. Das würde ich im Energiesektor als das Wesentliche betrachten.

Dr. Küpper:

Beim Stromliefervertrag, da sind wir – ich hoffe nicht voreilig – ein wenig stolz. Wir haben ja mitbekommen, dass Ende 2009 der Stromliefervertrag, der Strombezug für die städtischen Liegenschaften mit dem RWE auslaufen wird. Dieser Vertrag muss bis Mitte 2009 gekündigt sein. Wir als Umweltverbände sind rechtzeitig in diese Debatte hineingegangen und haben an die Entscheidungsträger in der Stadt appelliert, dabei folgende vier Punkte zu verfolgen:

Der Anteil an erneuerbaren Energien in dem neuen Vertrag, wer auch immer der Lieferer sein wird, muss 25% beinhalten. Nach einem Vorschlag des deutschen Städtetages sollen für diesen Wert jedes Jahr 2 % hinzukommen. Dabei ist ganz streng zu zertifizieren, dass es sich wirklich um erneuerbare

Energie handelt. Außerdem muss festgelegt sein, den Zubau von Produktionsstätten von erneuerbaren Energien dann auch wirklich zu realisieren.

Diese Richtung wurde zunächst in Gesprächen ausgetauscht, u.a. mit dem Verhandlungsführer der Stadt. Wir haben da offene Ohren und Augen gefunden und der Rat hat diese Vorgaben – ich will jetzt nicht sagen übernommen – er hat eine gleiche Richtung wie wir eingeschlagen. Er hat diese Zahlen so als Verhandlungsauftrag weitergegeben, dass diese Werte zustande kommen müssen. Und wenn das schließlich wirklich der Fall ist, dann müssen wir sagen, hier haben wir gut gepusht.

Wan:

Wie sehen sie denn andere energiefressende Bereiche in Essen? Wenn wir an den Strassenverkehr mit all seinen Feinstaub- und Lärmbelastungen denken, sind sie hier ebenfalls mit den städtischen Maßnahmen zufrieden oder gibt's da vorwiegend Kritik?

Dr. Pomp:

Sie sprechen das „System Feinstaub“ an. Das steht ja nur für eine Substanz, aber es gibt ja eine Vielzahl von Substanzen, die uns umgeben und unsere Gesundheit gefährden. Dass die Grünen und die verschiedenen Städte mit ihren Umweltdezernenten gemeinsam gefordert haben, dass es eine wirklich zusammenhängende Umweltzone im Ruhrgebiet geben sollte, haben wir als Umweltverbände voll unterstützt und mit vorangetrieben. Der stattdessen zustande gekommene Flickenteppich ist in keiner Weise befriedigend und ist eine Konzession an Lobbyisten, die wir hier nicht näher beschreiben wollen. Die jetzt angebotene Version einer Umweltzone ist sehr kurz gesprungen. Die Wirtschaft hat noch nicht erkannt, welche Möglichkeiten sie eigentlich hat, wenn sie mitmacht, dass künftig eine größere Feinstaubzone ausgewiesen wird.

Sie merken, dass jetzt Autos gekauft werden, die deutlich weniger Emissionen als bisher ausstoßen. Die Lebensqualität eines Gebietes wird größer. Die bundesweite Öffentlichkeit nimmt eine Region anders wahr, wenn sie feststellen kann, da kann man wohnen, die tun etwas gegen die Feinstaubbelastung. Wenn aber nichts optimiert wird, wird keiner gern mit seinen Kindern, alten oder kranken Leuten hier hinziehen.

Was den Verkehr in der Umweltzone betrifft, ist hier viel nachzuholen, das ist Stückwerk. Dabei ist zu sagen, dass die Grünen versucht haben, in allen Ebenen, in Stadt, Land und Bund Optimierungen dieses insuffizienten Werkes herauszuholen. Im Augenblick scheint das nicht möglich zu sein.

Wenn aber in diesem Frühjahr die ersten Zahlen über die mangelhaften Auswirkungen der bisherigen Umweltzone herauskommen, wird der Handlungsdruck so groß werden, dass es die gesetzlichen Vorgaben unabweisbar machen, diese Umweltzonen zu erweitern.

Die Grünen haben das schon seit Jahren gefordert. Eines bleibt effektiv unverständlich: Wissen Sie, wir sprechen immer über sauberes Wasser als Lebensmittel. Die Luft ist ein Lebensmittel. Wenn Sie nicht atmen können, sind sie tot, und zwar noch schneller als sie durch schlechtes Wasser z.B. an Durchfall sterben. Diese Situation ist einer Vielzahl von Beteiligten in Politik und Wirtschaft noch nicht offenbar geworden.

Wan.:

Bei diesem Problem stößt man sicherlich schnell an die Grenzen dessen, was Kommunalpolitik erreichen kann. Das Beispiel Umweltzone beschreibt doch gerade, dass selbst ein geballtes Auftreten der Räte im Ruhrgebiet mit ihren Umweltdezernaten, und sowohl aus Rot, wie auch schwarz geführten Kommunen gegen Landespolitik und Wirtschaftsverbände wenig ausrichtet. Es blieb hilflosigkeit. Diese kurzfristig als industriefreundlich gedachten Entscheidungen aus Düsseldorf waren nicht umzukehren.

Stattdessen haben wir in einigen Jahren mit den Auswirkungen der A 52 zu kämpfen, die als Bundesautobahn sowieso außerhalb jeglicher Einschränkungen der Umweltzonen durch den Essener Norden gebaut werden darf. Mit dann zu erwartenden 100000 Fahrzeugen mehr, die täglich durchs Stadtgebiet rauschen, sind wahrscheinlich sämtliche Bemühungen zunichte gemacht, mit anderen Mitteln für geringere Abgaswerte zu sorgen.

Was tun die Umweltverbände dann – wenn die Städte so übergangen werden,? Dann können sie doch die besten Ratsbeschlüsse haben, ohne dass die Umwelt gesünder wird.

Müssten Sie also nicht permanent vor den Toren des Landtags stehen, statt am Fuße des Essener

Rathauses?

Dr. Küpper:

Ja, das ist eine schwierige Situation. Also was landes-, wie regionalpolitisch den Strassenbau betrifft, haben wir den Eindruck, dass ein großer Druck aufgebaut wurde, für ein Fertigstellen dieser Nord-Süd-Autobahn A 52 quer durch das Ruhrgebiet zu sorgen. Das ist eigentlich überhaupt nicht mehr zu vertreten, von Marl bis nach Wuppertal in dicht bebauten Zonen eine Autobahnschneise zu schlagen. Das wird nicht nur PKW-Verkehr, sondern vor allem deutlich erhöhte LKW Belastungen zur Folge haben. Wer jetzt noch um das Ruhrgebiet herumfährt, wird dann quer hindurch fahren. Das ist ausgesprochen problematisch, es gibt auch Zusammenhänge mit der DüBoDo Autobahntrasse im Ruhrgebiets Süden. Es wird ja geplant, die Ruhrallee zu untertunneln. Für den Fall der Verwirklichung wissen wir, dass ein Verkehrszuwachs von 20% mehr Fahrzeugen gegenüber dem heutigen Zustand eintreten wird. Für das Autobahnstück in Huttrop, also die Kreuzung der Ruhrallee mit der A 52 in Richtung der A 40, sind auf diesen knappen 2 Kilometer tägliche Verkehrsmengen von 160000 PKW und LKW zu errechnen. Das wäre deutscher Rekord. Direkt daneben haben wir dicht gedrängte Wohngebiete. Dort kommen Probleme auf uns zu, die wir wahrscheinlich gar nicht lösen können, wenn trotzdem so gehandelt wird.

Dr. Pomp:

Sicherlich ist diese Autobahnplanung nicht einfach lokalpolitisch zu lösen. Dessen ungeachtet versuchen wir, soweit es unsere Kräfte zulassen, auf Landespolitik einzuwirken. Wir haben sogar unsere Fühler in die Bundespolitik ausgestreckt. Wir fühlen uns aber zunächst gehalten, an den örtlichen Problemen zu arbeiten, die natürlich immer auch sofort und fast krakenartig auch in globale Konflikte hineinragen.

Es ist erstaunlich, das in allen Parteien die lokalen Verantwortlichen sofort abblocken und sagen: Dieses Problem tragen sie uns bitte nicht vor, sondern der Bundes- und Landesebene. Das wir hier den Ball zurückspielen ist doch klar.

Das ist Aufgabe der Politik. Wenn wir einem Lokalpolitiker sagen, diese und jene Zustände müssen geändert werden, dann muss er das in die entsprechenden Gremien seines Gesamtsystem hinein bringen. Lokale Politiker sind meines Erachtens genauso verantwortlich für das globale. Sie haben Einwirkungsmöglichkeiten. Umsonst gibt es keine Kreisparteitage und ähnliches. Deshalb sind die Entscheidungswege eigentlich sehr transparent, weshalb es einem manchmal so vorkommt, als wolle man mit uns ein Spiel nach dem Muster „Hase und Igel“ betreiben...

Dr. Küpper:

Dazu ein Beispiel, das vielleicht 6-7 Jahre zurückliegt. Da wurden wir von einem renommierten Politiker in Berlin, der auch jetzt noch im Amt ist, angesprochen. Auf die „DüBoDo“, die schon angesprochene Ost-West-Querung im südlichen Ruhrgebiet, darauf könne man vielleicht verzichten, wenn eine Nord-Süd-Querung, also die A 52 käme. Er würde uns deshalb bitten, ob wir dann unseren Widerstand gegen diese zweite vorgeschlagene Lösung nicht reduzieren oder ganz aufgeben können. Schließlich wären sie unserem Wunsch doch entgegen gekommen.

Wan.:

Bei diesem üblen Versuch eines großflächigen Ping-Pong-Spiels wissen wir zum Glück, dass die Umweltbewegung klug genug ist und sich nicht gegeneinander ausspielen lässt. Mich interessieren deshalb jetzt auch die möglichen kleinen Erfolge, wenn wir an das millionenschwere Konjunkturpaket II denken. Wenn es da Geld gibt für einige Kilometer „Flüsterasphalt“ auf Stadtstrassen, wo mit viel Aufwand vielleicht eine kleine bescheidene Lärmreduktion erzielt wird, kann z.B. der Rute sich dann wirklich freuen?

Dr. Pomp:

Bekanntlich beträgt dieses Konjunkturprogramm für Essen etwa 70 Millionen € und wird zu 60% im Erziehungs- und Bildungsbereich ausgegeben, etwa zur energetischen Sanierung von Schulen oder Kindertagesstätten. Von den anderen 40% soll jetzt eine große Menge Geld ausgegeben werden, z.B. für das Sportstadion Hafenstraße (das jetzt allerdings durch den Verkauf der städtischen Handelshof-Immobilie finanziert werden soll - wan). Das halten wir im Sinne eines ökologischen Konjunkturprogrammes für untragbar. Wir wissen, dass wir mit dieser Kritik ins

Fettnäpfchen treten, halten das aber für geradezu grotesk.

Es sind so wichtige andere Programme nötig. Sie haben vorhin „Flüsterasphalt“ erwähnt, der ist natürlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Sanierung vieler energetischer Defizite, die wir in Essen haben, ist mit dem Konjunkturpaket zu optimieren. Vieles andere, das nachhaltige Verbesserungen z.B. im Gebäudebestand erzeugen kann, generiert in wenigen Jahren wieder Geld. In diesem Umweltbereich werden nicht nur Arbeitsplätze durch die unmittelbaren Arbeitsaufträge der Stadt gesichert, sondern da werden auch neue Produktionen mit Langzeitarbeitsplätzen angeregt.

Wan.:

Würde der Rute gegenüber den städtischen Planungen noch andere eigene Akzente setzen? Manche Entscheidungen wurden durch die Bundesregierung ja regelrecht ausgeschlossen. Verbesserungen für den ÖPNV, wie die Verlängerung einer Straßenbahntrasse, der zügige Ankauf von Niederflurstrassenbahnen oder abgasärmerer Busmodelle sind nicht erlaubt.

Dr.Pomp:

Wir haben uns vorgenommen, sowohl was die Pressemobilisierung betrifft, eine Kampagne loszutreten, wie auch noch einmal auf die entscheidenden politischen Gremien einzuwirken, um auf diesen Missstand hinzuweisen. Zum anderen wollen wir Vorschläge und schon bestehende vielfältige Vorschläge zur sinnvollen Ausgabe des Geldes zu unterstützen.

Dr. Küpper.

Von der Umweltdezernentin Frau Raskob konnten wir erfahren, dass die Anforderungen der vorgelegten Projekte die verfügbare Summe um das vier-bis fünffache überschreitet. Von daher kann ich mir vorstellen, dass eine starke Lobbygruppe bei der Mittelverteilung vertreten ist. Da kann natürlich ein Ergebnis herauskommen, mit dem letztlich keiner richtig zufrieden ist. Aber wir werden uns so verhalten, wie Dr. Pomp es schon ausgeführt hat.

Wan.:

Können sich denn der Rute oder Umweltverbände zutrauen, trotz des wahrscheinlich anderen Votums vieler Fußballfans, zu fordern: Neues Stadion gut und schön, aber jetzt sind andere Dinge dringlicher?

Dr.Küpper.

Da müssen wir vorsichtig sein, denn weder Dr. Pomp noch ich können in diesem Punkt für andere Verbände sprechen. Ich sehe oft darin einen Vorteil, wenn man allein agieren kann. Wir haben das große Ziel vor uns, sehen in Detailfragen die Dinge aber auch anders. Das ist auch so der Fall bei uns, ohne das zwischenmenschliche Klima darunter leiden zu lassen. Ich selbst wäre beim Stadion sehr zurückhaltend. Dr. Pomp hat sich da klar ausgedrückt, das ist aber seine persönliche Meinung, ohne dass wir bei uns hier eine entgegengesetzte Position hätten.

Als offizielle Position müssten wir das erst einmal unter den Verbänden absprechen. Der BUND als großer Verband müsste eine solche „Stadion-Position“ natürlich zuerst intern mit seinen Mitgliedern klären. Ich glaube, dieses Vorgehen wäre für den Rute diffizil.

Dr. Pomp:

Ich weiß nicht, inwieweit dieses Konjunkturprogramm es hergeben könnte, aus den Geldern ein Fussballstadion zu bauen. So etwas wäre in keiner Weise durch die gesetzlichen Vorgaben abgedeckt. Ich spreche hier für die „Essener Aktion gegen Umweltzerstörung“. Wir haben den Mut, gegen die Fußballfreunde anzutreten. Ich wünsche mir, dass in der Politik und der Wirtschaft auch andere Leute diesen Mut aufbringen. Sie sollten sagen, lasst uns nachhaltig dieses Geld ausgeben und die Umwelt wirklich lebensfähig machen, was wesentlicher ist, als Fußball spielen. Fussball können sie nur in einer gesunden Luft spielen.

Wan.:

Ein anderes Umweltthema liegt gar nicht so weit weg vom Rot-Weiss-Stadion. Wir hatten zu Beginn des Gesprächs schon kurz die Aluminium-Hütte in Borbeck erwähnt. Auch wenn diese Aluminiumproduktion jetzt sehr viel weniger umweltschädlich abläuft, wie noch vor 20 Jahren, bleibt doch der Konfliktpunkt zwischen Arbeitsplatzert halt und gigantischem Stromverbrauch. Dazu kommt nach einem Zitat der Werksleitung die wahre Bedrohung des Betriebsstandortes aus Berlin,

weil dort doch so Kosten für die Verschmutzungszertifikate und CO₂ Ausstöße beschlossen würden. Nur wenn sich das ändert, könnte hier – in Deutschland - weiter produziert werden. Angesichts mehr als knapper industrieller Arbeitsplätze im Essener Norden, gibt es da bei auch den Umweltschützern einen Zwiespalt?

Dr. Küpper:

Ich war vor kurzem ganztags auf dem Essener Fachkongress für Zukunftsenergien. Da wurden überzeugend Möglichkeiten vorgestellt, beim Produktionsprozess effizienter zu arbeiten. Beim Neujahrsempfang unserer Umweltverbände hatte der ehemalige Präsident des Wuppertal Klimainstitutes als Fachmann zu diesem Thema verschiedenste Wege zu vernünftigerem Umgang mit Energie vorgetragen. In diesem Bereich ist noch eine Menge möglich. Wenn wir dazu beitragen können, dass die öffentliche, wie politische Meinung sich in dem Sinne bewegt, dass der Effizienzsteigerung im Produktionsprozess Vorrang eingeräumt wird, dann könnte auch die Aluhütte ohne Verlust von Arbeitsplätzen die CO₂ Emissionen reduzieren. Das müsste im Einzelfall nachgeprüft werden. Wir sehen sehr wohl, dass Arbeitsplätze gerade in der jetzigen Zeit sehr wichtig sind. Aber da ist auch noch umweltpolitischer Spielraum. Wir wollen mit dazu beitragen, ihn auch zu nutzen.

Dr. Pomp:

Uns ist bewusst, dass die Industrie sich müht. Das bezieht sich ja nicht nur auf die Aluminiumproduktion. Auch die Autoindustrie, ein Opelwerk, verbraucht in der Produktion eine ungeheure Menge Strom. Die haben genauso das Problem, wie sie ihre Produktionsprozesse optimieren können. So etwas ist sicherlich auch entlang in der Aluminiumherstellung möglich. Und die Angst, die immer geschürt wird, wenn sofort gedroht wird, hier bauen wir die Arbeitsplätze ab. Wir gehen woanders hin. Ich frage mich, wo in der Welt auf Dauer ein Aluminiumwerk bleiben will. Das kann nur eine kurzfristige Verlagerung sein, denn nicht nur Deutschland sondern auch die anderen Länder haben begriffen, dass sie eine saubere Luft haben wollen. Daher kann ein Werk, das hier so gesattelt ist, für das sehr viel von der Stadt, von Land und Bund getan wurde, nicht so schnell umziehen.

In vorigen Jahrzehnten wurde nicht nur durch die Hütte selbst viel investiert, viele Umweltschutzmaßnahmen wurden auch vom Staat subventioniert. Ich glaube, Aluminium wird immer ein Metall sein, dessen Herstellung sehr viel Energie verbraucht. Wenn Sie sich dennoch überlegen, dass in der Zwischenzeit die Industrie 30% weniger Energie für die Herstellung der gleichen Produktmenge braucht, dann wird auch beim Aluminium noch die Möglichkeit der Effizienzsteigerung, wie von Dr. Küpper ausgeführt, nicht ausgeschöpft sein.

Wan:

Für mich heißt das, auch heute noch werden bestimmte Widersprüche und scheinbare Unvereinbarkeiten zwischen CO₂- und Stromverbrauchsreduktion und dem Erhalt einer vernünftigen Industrieproduktion zu sehr hochgekocht. Es gäbe viel mehr Kompromissmöglichkeiten an denen sie als Umweltverbände dann arbeiten.

Dr. Küpper:

Ja, wir können Einfluss nehmen. Wir können im Gespräch mit bestimmten Politiker darauf hinweisen, können uns selbst klug machen. Wir können an die Öffentlichkeit gehen. Mehr ist von uns aus zur Aluminiumhütte jetzt kaum zu sagen.

Dr. Pomp:

Ich will ihnen das vielleicht einmal am Beispiel der Kliniken klarmachen. Als wir angefangen haben, uns 1971 um Kliniken zu kümmern, war beim gleichen Produktionsgang 30-40% mehr Energie dort notwendig als es heute ist. Und in Kliniken sind das sehr komplexe, sensible Prozesse. Es ist mir schwer zu vermitteln, wenn so etwas in einer Klinik möglich ist, dass es dann nicht auch in anderen Bereichen zu schaffen ist - und wer sagt eigentlich, dass die Aluminiumherstellung aus Bauxit immer nur über Elektrizität gehen muss? Es gibt in der Zwischenzeit Alternativverfahren, die wir hier nicht erörtern können, bei denen jedes Werk natürlich noch sagt, dass es vorerst nur Versuchsphasen sind. Dann müssen aber zum Vorantreiben in diese Versuchsphasen mehr Forschungsgelder hinein gegeben werden, als bisher.

Die Aluminiumherstellung ist global gesehen, einer der teuersten und die Umwelt verschmutzensten Prozesse, die wir haben. Zum Glück ist ein Großteil der Aluminiumverwendung z.B. durch Kunststoff ersetzbar. Tatsächlich ist die Aluminiumherstellung auch zurückgegangen, weil es durchaus Möglichkeiten gibt andere Systeme einzusetzen.

Ein letztes Wort dazu, wenn man sagt ok, morgen wird die Aluminiumhütte verschwinden und sich woanders etablieren. Sie müssen immer mit bedenken, da gibt es ja eine Zuliefer- und eine Weiterverarbeitendeindustrie und die irgendwo auf dem platten Land wieder aufzubauen, bedeutet Verluste für das Werk selber – und das ist denen auch bewusst.

Ich erinnere an das Phänomen Nokia Rumänien. Sie sehen, welche Schwierigkeiten die jetzt dort haben. Und solche oder ähnliche Schwierigkeiten würden natürlich auch ein so sensibles und diffiziles Werk wie die Aluminiumhütte anderorts haben. Wir wollen sie hier behalten, wir wollen sie unterstützen. Wir müssen sagen, dass es in den Vorjahrzehnten durchaus eine intensive Kooperation zwischen den Umweltverbänden und der Alu-Hütte gegeben hat. Im Augenblick ist dort „still ruht der See“, aber das kann man jederzeit beleben. Die Idee, die von ihnen aufgekommen ist, wie steht ihr zur Aluminiumhütte, die finde ich sehr gut, das müssen wir in Angriff nehmen.

Wan.:

Das freut mich sehr, weil ich glaube, dass das natürlich ein Beispiel ist, das an vielen ähnlichen Standorten in Essen eine Rolle spielt. Wie wird man umgehen mit der Zukunft der Oberland-Glashütte in Karnap? Wie geht man mit dem Müllheizkraftwerk um? Ich nehme Beispiele gerade aus dem Essener Norden, weil das auch der Ort ist, an dem unser Interview in der Zeche Carl geführt wird. Hier sind diese Umweltprobleme ja sehr gelegen. Ich glaube, wenn im Sinne der Umweltverbände mit Alternativvorschlägen gearbeitet wird, andererseits aber offensichtlich wird, wie schwierig es doch ist, ein Werk zu verlagern, dann werden auch mehr Kompromisse von der Industrieseite erfolgen müssen.

Den ganzen riesigen Berg an Umweltproblemen dieser Stadt können wir hier nicht thematisieren. Bleibt zum Schluss noch, den Gesprächspartnern zu danken und allen an diesem Engagement interessierten, die Kontaktmöglichkeiten zu nennen:

Dr. Küpper:

Wir sind eine offene Arbeitsgemeinschaft zu deren Treffen die interessierten Bürgerinnen gerne kommen sollen. Für die erste Kontaktaufnahme gibt es die

Homepage: www.umwelttisch.de

oder die e-Mail Adresse: dieterkuepper (at) web.de

Werden Sie doch einfach mal aktiv, Sie können sicher sein, dass wir Kontakt aufnehmen.

Wan.

Demonstrationsaufruf des Bündnisses gegen Oseberg

Im April 2009 eröffnete in der Essener Innenstadt das rechte Bekleidungsgeschäft „Oseberg“. Hier werden ausschließlich Artikel der neonazistischen Modemarke „Thor Steinar“ verkauft. Am 6. Juni wollen wir gemeinsam auf die Straße gehen, um die sofortige Schließung des Neonazi-Ladens zu fordern und ein deutliches Zeichen gegen Rechts zu setzen.

Bekleidungsgeschäfte wie das „Oseberg“ dienen Neonazis als Anlaufstelle und Treffpunkt. Wir rufen deshalb zur Teilnahme an der friedlichen Demonstration gegen das „Oseberg“ auf.

6. Juni, 14.00 Uhr, Willy-Brandt-Platz am Essener Hauptbahnhof

7. April 2009

Unter Polizeischutz



Foto: jod

am 6.4.2009 war der neu eröffnete Laden zum Verkauf der rechten Kleidungsstücke Ziel einer Demonstration. Weiterer friedlicher Protest ist angesagt.

Lesen Sie die Stellungnahme des [MdB Kai Gehring](#) zum Verfassungsschutzbericht [hier \(als .pdf\)](#) und zu neu eröffneter Filiale der rechtsextremen Modemarke "Thor Steinar" [hier \(als .pdf\)](#)

Radio-Mitschnitt: [1LIVE Live, 07-04-2009, 17:35 Uhr \(mp3\)](#)

[http://gruenerkv-essen.de/fileadmin/user_upload/verbaende/kv_essen/polit-Themen/rechte-szene-etc/1LIVE - Live_07-04-2009_17_Uhr_35.mp3](http://gruenerkv-essen.de/fileadmin/user_upload/verbaende/kv_essen/polit-Themen/rechte-szene-etc/1LIVE_-_Live_07-04-2009_17_Uhr_35.mp3)

18. Mai 2009

Kundgebung: Europa kann mehr

Claudia Roth zu Gast in Essen!

Am Samstag 30.05.2009 bekommen wir Essener GRÜNEN prominenten Besuch. Unsere Bundesvorsitzende **Claudia Roth** wird uns im Straßenwahlkampf ab 16.15 Uhr an der Porschekanzel unterstützen.

Geplant ist neben der Kundgebung auch eine Fotoaktion, bei der sich jedeR beteiligen kann.

Dazu kann jede(r) Interessierte eine Forderung, die sie/er an GRÜNE Politik stellt, auf ein Pappschild schreiben. Damit kann man sich dann mit (oder auch ohne) Claudia Roth ablichten lassen und so gleichzeitig auch neue Anregungen geben, welche Themen vielleicht noch nicht ausreichend wahrgenommen werden. Die Fotos werden im Internet veröffentlicht. Alle sind herzlich eingeladen.

18. Mai 2009

Hirn isst mit - klüger konsumieren

Veranstaltung der Grünen Landtagsfraktion

am Dienstag, 02.06.2009 um 19.30 Uhr

im Grillo-Theater, Theaterplatz 11, 45127 Essen

Mit unserem Einkaufskorb können wir jede Menge Einfluss nehmen: jede Kaufentscheidung kann die Welt ein Stück verändern. Erfreulicherweise gibt es immer mehr Menschen, die sich an ökologischen und sozialen Kriterien orientieren und den Markt gestalten wollen. Sie bezeichnen sich selbst als bewusste oder strategische Konsumenten.

Ihnen ist klar, dass Armut, Hunger, Klimawandel und Artensterben nur durch eine Veränderung unseres Konsumverhaltens zu stoppen ist. Die Zerstörung des Regenwaldes, Pestizidbelastung, Klimakrise, Armut und Ausbeutung bestimmen Kaufentscheidungen.

Die Orientierung an Werten wie Nachhaltigkeit, Transparenz und Regionalität bietet auch Wettbewerbsvorteile für Unternehmen. Wer verbraucherfreundlich produziert und kommuniziert, vorbildlich mit den Daten seiner Kunden umgeht und guten Service bietet, dem gehört die Zukunft.

Nachhaltiger Konsum kann sich aber nur durchsetzen, wenn die Politik einen entsprechenden Rahmen bietet und für die Einführung von umfassenden Verbrauchergrundrechten sorgt: Informationsrechte, Kennzeichnungspflichten und Verbraucherberatung. Fair hergestellte und gehandelte Produkte, alternative Energien, Bio-Lebensmittel und sozialökologische Geldanlagen

brauchen auch politische Unterstützung.

Über diese Themen wollen wir diskutieren.

Programm

Einführung in das Thema:

Renate Künast MdB, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag

Podium:

Dr. Michael J. Inacker, Head of Corporate Communications and Public Affairs, METRO
Deutschland

Klaus Müller, Vorstand der Verbraucherzentrale NRW

Ingmar Streese, Head of Public Affairs & Policy Mars Europe

Susanne Langguth, Direktorin Südzucker AG

Renate Künast MdB, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag

Es moderiert:

Johannes Remmel MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer und Umweltpolitischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW

27. Mai 2009

Kai`s Brief aus Berlin

Ich möchte kurz zwei GRÜNE Initiativen vorstellen, die mir wichtig sind:

Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre

Jugendliche sind Träger eigener demokratischer Rechte, deren tatsächliche Umsetzung gefördert werden muss. Der nachhaltigste und elementarste Weg zu einer stärkeren Partizipation und zu einer breiteren politischen Teilhabe in einer Demokratie ist das Wahlrecht. Ein früheres Wahlrecht ist ein klares Signal unserer Gesellschaft an die junge Generation, dass sie von zentralen politischen Zukunftsentscheidungen nicht weiterhin ausgeschlossen wird.

Gesetzesentwurf der grünen Bundestagsfraktion:

http://kai-gehring.de/fileadmin/user_upload/gruene_btf_gehring/politik/09/a/03-17_A_Wahlalter.pdf

Rede Kai Gehring:

<http://kai-gehring.de/politisch/reden/detail/nachricht/herabsetzung-des-wahlalters.html>

Wissen, was wirkt! Campustour 2009 der Heinrich-Böll-Stiftung

An rund 25 Hochschulen quer durch die Republik macht(e) die Campustour halt. WissenschaftlerInnen, Studierende, Prominente aus Politik und Wirtschaft kommen mit der Öffentlichkeit ins Gespräch. Die Themen und Veranstaltungsformen sind vielfältig. Kai war u.a. beim Besuch der Uni Würzburg mit an Bord. Im Interview mit der Main-Post hat er die hochschul- und wissenschaftspolitischen Leitlinien für die anstehenden Wahlkämpfe skizziert. Außerdem wird er bei der Abschlusskonferenz in Berlin als Podiumsdiskutant dabei sein.

Das Interview ist hier zu finden:

<http://www.mainpost.de/nachrichten/meinung/-bdquo-Es-geht-ohne-Campus-Maut-ldquo-;art9517,5128782>

Das Programm der Abschlusskonferenz findet sich hier:

http://hbs.boell-net.de/downloads/bildungskultur/CT09_Abschluss_Flyer_screen.pdf